

# Die Temperaturen im Dezember und wer ignoriert die Energiepreiskrise ?

geschrieben von AR Göhring | 10. Januar 2022

von Fritz Vahrenholt

Die Strom- und Gaspreisexplosion verfestigt sich und die Verantwortlichen in der deutschen Politik tun so, als ob es sie nichts angeht.

Zunächst aber wie immer zur Temperaturkurve.

Die Abweichung der globalen Mitteltemperatur der satellitengestützten Messungen vom Durchschnitt der Jahre 1991-2020 stieg im Dezember leicht auf 0,21 Grad Celsius an. Der mittlere Temperaturanstieg seit Beginn der Satellitenmessungen betrug 0,14 Grad Celsius pro Jahrzehnt.

Das Jahr 2021 war im Vergleich zu den Jahren 2010 bis 2020 ein durchschnittliches Jahr mit 0,134 Grad Abweichung vom dreissigjährigen Mittel. Sechs Jahre seit 2010 waren wärmer und 5 Jahre waren kälter. Das gilt auch für Deutschland. Aber der deutsche Wetterdienst erweckt einen anderen Eindruck :

## **Wie der Deutsche Wetterdienst aus einer Abkühlung in 2021 eine Erwärmung macht**

In seiner Pressemitteilung zum Deutschlandwetter 2021 schreibt der Deutsche Wetterdienst :

„Die Durchschnittstemperatur lag im Jahr 2021 mit 9,1 Grad Celsius (°C) um 0,9 Grad über dem Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990. 2021 war damit das elfte zu warme Jahr in Folge.“

Warum benutzt der DWD die international nicht mehr gültige Referenzperiode 1961-1990 ? Er schreibt selbst an anderer Stelle :

„Zur Erfassung des Klimas und seiner Änderungen werden Mittelwerte über einen Zeitraum von 30 Jahren gebildet...Mit Ende des Jahres 2020 wurde die Vergleichsperiode für aktuelle klimatologische Bewertungen durch die Periode 1991 bis 2020 ersetzt.“

Der DWD folgte damit einer Empfehlung der Weltorganisation für Meteorologie WMO. Aber in der Pressemitteilung nimmt man lieber noch die alte Periode.

Die Referenzperiode von 1991 bis 2020 unterscheidet sich von 1961 bis 1990 um 1,1 Grad. Der DWD hätte also schreiben müssen : ,2021 war mit 9,1 Grad um 1,3 Grad deutlich kühler als 2020 und liegt sogar um -0,2 Grad Celsius unter dem Mittel von 1991 bis 2020. Seit 1991 gab es nur 9 Jahre, die kälter waren als 2021‘.

Aber 0,9 Grad mehr und das elfte zu warme Jahr in Folge (verglichen mit der kälteren Periode von 1961-1990) passt natürlich viel besser in den Zeitgeist.

### **Wie lange noch ignoriert die Bundesregierung die Energiepreisexplosion ?**

Die ersten energieintensiven Unternehmen der Düngemittel-, Glas-, und Papierindustrie stellen ihre Produktion wegen zu hoher Strom- und Gaspreise ein und das Wirtschaftsministerium schaut zu.

„Einige Unternehmen haben Schwierigkeiten, für Januar oder Februar Gaslieferverträge zu bekommen, die eine kostendeckende Produktion ermöglichen. Das könnte in Einzelfällen die Produktion gefährden“,

sagte Christoph René Holler, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Keramischen Industrie dem Handelsblatt.

Aus Sicht von Gernot-Rüdiger Engel, Energierechtsexperte der Kanzlei Luther, ist die Entwicklung für viele Unternehmen des industriellen Mittelstandes eine schwere Bedrohung: „Die hohen Preise sind kein Alarmsignal mehr, sondern der Anfang vom Ende“, sagte er. Die Politik lasse die Industrie „am langen Arm verhungern“, kritisierte Engel. Das Bundeswirtschaftsministerium gibt sich gelassen. Man beobachte das Thema Preise und Preisentwicklungen „sehr genau“, teilte eine Sprecherin auf Anfrage des Handelsblatts mit.

Wie dramatisch die Situation an den Strom- und Gasmärkten geworden ist, zeigt die Situation des Energiekonzerns UNIPER, einem der großen deutschen Strom- und Gasversorger. UNIPER hat sich nun mit Gas eingedeckt und musste – wie üblich – im Vorfeld Sicherungsleistungen an die Gasverkäufer leisten. Steigen die Rohstoffpreise, steigen auch die Sicherungsleistungen, die überwiesen werden müssen. Die Preise sind mittlerweile so extrem angestiegen, dass selbst ein Großkonzern wie UNIPER diese Anzahlung nicht mehr aus eigener Kraft stemmen kann. UNIPER rief die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) um Hilfe, die mit einem 2-Milliardenkredit einsprang. Andere Energieunternehmen könnten womöglich bald ebenso auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Wie das Handelsblatt berichtete, hat der Branchenverband BDEW für andere Versorger ebenfalls eine Absicherung durch die KfW gefordert.



### Nicht nur Preise steigen – auch die CO<sub>2</sub>-Ziele werden gerissen

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland ist im Jahr 2021 durch das schwache Windjahr und die hohen Gaspreise, die zu vermehrter Kohlenutzung führten, um 33 Mio. t CO<sub>2</sub> angestiegen. Und in den nächsten Jahren werden Dank des Kernenergieaustiegs nicht nur die Preise steigen, sondern auch die Emissionen. „Wir werden unsere Ziele vermutlich auch für 2022 noch verfehlen, sogar für 2023 wird es schwer genug“, sagte

Bundeswirtschaftsminister Habeck der Wochenzeitung «Die Zeit». Als Ausweg bietet der Wirtschaftsminister den verstärkten Bau von Windrädern an. Im Durchschnitt müssten es 1000 bis 1500 neue Windräder im Jahr sein, sagte Habeck in „Die Zeit“.

Wir rechnen nach.

Nehmen wir die größten onshore Anlagen der 4-5 MW Klasse mit 10 Mio. kWh pro Jahr, so erzeugen 1000 Anlagen 10 TWh, 1500 Anlagen 15 TWh.

Multipliziert mit 8 Jahren bis 2030 sind das 80 bis 120 TWh. Das Ziel der Bundesregierung ist 80 % Erneuerbaren Strom von 680-750 TWh (Koalitionsvereinbarung S.56) erzeugen zu lassen. Durch Offshore-Wind- und Solar sollen 310 TWh gedeckt werden (Koalitionsvereinbarung S. 57), durch Wasserkraft, Biomasse und onshore-Wind werden heute 174 TWh gedeckt. Abziehen sind dann noch die alten bis 2030 abgängigen Solaranlagen (-25 TWh) und Windkraftanlagen (-35 TWh). Die Differenz zwischen diesen Zahlen müssen neue On-shore-Windräder abdecken. Die Differenz ergibt aber 120-176 TWh, und nicht 80 bis 120 TWh, die Herr Habeck bauen will. Und was passiert an Flautetagen ?

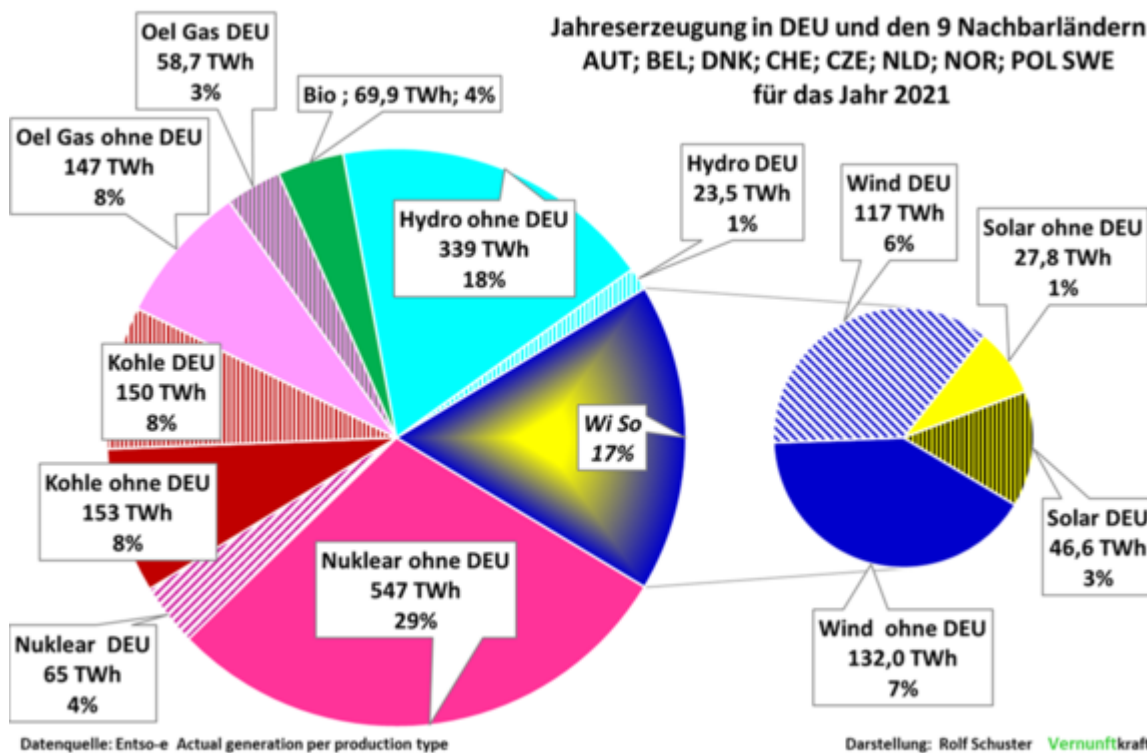
Diese Menge ist aber auch nie und nimmer zu importieren. Und selbst wenn, wäre es überwiegend aus Sicht der Grünen ein abzulehnender Stromimport. Denn addiert man die Stromerzeugung der neun Nachbarländer (einschließlich Norwegen), die uns beliefern könnten, so produzieren diese 568 TWh nach Auffassung der Grünen nachhaltigen „guten“ Strom (Wasserkraft, Wind, Solar und Biomasse) , aber auch 847 TWh aus Sicht der Grünen nicht nachhaltigen „bösen“ Strom (Kernenergie, Gas, Kohle). 2 von drei Kilowattstunden , die wir importieren, sind also „böse“. (siehe Grafik unten von Rolf Schuster).

Die überhebliche Arroganz, mit der in diesen Tagen grüne Wortführer die EU-Taxonomieverordnung (für Kernkraft- und Gaskraftwerke) bekämpfen,

steht in diametralem Widerspruch zu der Importbilanz an „bösem“ Strom, den sich diese Regierung in den nächsten Jahren wird anrechnen lassen müssen, wenn Sie nicht die Lichter ausgehen lassen will oder sich doch dazu entscheidet „idealerweise“ bestehende Gas- und Kohlekraftwerke einfach länger laufen zu lassen. Es ist gut, dass dafür dann die Grünen über Umwelt-, Wirtschafts- und Außenministerium verantwortlich zeichnen.

Der gleichzeitige Ausstieg aus Kohle- und Kernenergie wird zur Strommangelwirtschaft führen. Schon der Ausstieg aus 20 000 MW Kohlekraft europaweit in den letzten drei Jahren hat mit dem Anspringen der Konjunktur nach der Lockdown-Coronazeit zu massiven Strompreiserhöhungen in Europa beigetragen. Im Verlaufe des Jahres 2021 wurden in Deutschland 11 Steinkohlekraftwerke stillgelegt oder in Kaltreserve überführt. Am Ende des Jahres kamen drei Kernkraftwerke mit rd. 4000 MW hinzu sowie die drei RWE-Braunkohlekraftwerke (Neurath B, Niederaussem C und Weisweiler mit jeweils 300 MW). Weitere 1600 MW Braunkohlekraftwerke von RWE kommen im Jahr 2022 hinzu. Da gibt es wenig Aussicht, dass die preistreibende Verknappung nicht weiter durchschlägt. Ende 2022 folgen dann nochmal 4000 MW Kernenergie. Das hat dann nicht nur Auswirkungen auf die Preise, sondern auch auf die Stromverfügbarkeit. Der E.ON-Chef Leo Birnbaum hat schon darauf hingewiesen, dass man alles tun wird, um einen blackout zu verhindern. Das glaube ich auch. Stattdessen stellt er allerdings in Aussicht, um dem Zusammenbruch des Netzes vorzubeugen, könne E.ON gezwungen sein, Verbraucher bewusst vom Netz zu trennen: „Bevor die Lichter überall ausgehen, schalten wir sie nur in einer Stadt aus.“

Dass der Jahreswechsel glimpflich verlief, ist dem Wetter zu verdanken. An Sylvester und Neujahr war die Stromnachfrage mit etwa 40 GW geringer, aber dafür blies ein starker Wind der 30 GW Windstrom erzeugte und die Strompreise auf Null purzeln liess. Doch schon an der ersten Werktagen des Jahres gingen die Preise wieder in Richtung 10 bis 15 Ect/kWh. Nun darf es nur nicht noch kälter werden.



## COP26: Shakespeare: „Lärm und Wut bedeuten nichts“

geschrieben von Chris Frey | 10. Januar 2022

[Dr. Jay Lehr](#), [Robert Lyman](#)

*[Alle Hervorhebungen in diesem Beitrag im Original. A. d. Übers.]*

Um die Errungenschaften der COP26-Konferenz in vollem Umfang zu würdigen, sollten wir damit beginnen, ebendiese im Pakt und in den Pressemitteilungen beschriebenen bemerkenswerten Errungenschaften aufzulisten. Dies soll eine humorvolle Abwechslung zu Ihrem normalen Arbeitstag sein:

- Auf der COP26 wurde vereinbart, die unverminderten Anstrengungen zur Reduzierung der Kohleverstromung zu beschleunigen. Auf **Drängen Indiens wurde keine Einigung über den Zeitpunkt des Ausstiegs erzielt**, und der Verweis auf „unvermindert“ bedeutet, dass die Länder, die bereit sind, ein Vermögen für die Abscheidung und Speicherung von Treibhausgasemissionen aus der Kohleverbrennung zu zahlen, diese unbegrenzt weiter verbrennen können.
- Auf der COP26 wurde vereinbart, ineffiziente Subventionen für

fossile Brennstoffe zu beenden. Da die meisten Subventionen für fossile Brennstoffe darin bestehen, dass die großen OPEC-Produzenten die Preise für raffinierte Ölprodukte, die sie ihren Bürgern in Rechnung stellen, kontrollieren, **wird es interessant sein zu sehen, wie schnell die Benzinpreise in Saudi-Arabien steigen.** Es überrascht nicht, dass die Abschaffung der hoffnungslos ineffizienten (aus wirtschaftlicher Sicht) Subventionen für Wind- und Solarenergie nicht erwähnt wurde. Die Subventionen für erneuerbare Energien übersteigen die Subventionen für die Hersteller fossiler Brennstoffe um ein Vielfaches.

- Auf der COP26 wurde vereinbart, die Notwendigkeit eines gerechten Übergangs anzuerkennen. Man fragt sich, wer hier für einen „ungerechten“ Übergang plädiert hat. In der Tat ist „gerechter Übergang“ ein Code dafür, dass Regierungen, nachdem sie nicht-fossile Brennstoffalternativen subventioniert und Kohlebergleute und andere Kohlenwasserstoffproduzenten aus dem Geschäft gedrängt haben, die arbeitslosen Arbeiter subventionieren, damit sie auf weniger gut bezahlte Arbeitsplätze wechseln können.

- Auf der COP26 wurden die technischen Verhandlungen über das sogenannte Regelwerk des Pariser Abkommens abgeschlossen, in dem die Transparenz- und Berichterstattungs-Anforderungen für alle Vertragsparteien festgelegt sind, um die Fortschritte bei der Erreichung ihrer Emissions-Reduktionsziele zu verfolgen. Das Regelwerk legt auch die Regeln für das Funktionieren der internationalen Kohlenstoffmärkte fest. Dies könnte tatsächlich wichtig sein, da es eine Reihe neuer Verfahren für die Berichterstattung und „Rechenschaftspflicht“ (gegenüber den Vereinten Nationen) festlegt, die die Länder befolgen müssen, um das hohe Risiko von Betrug und Fehlzählungen auf den internationalen Kohlenstoffmärkten einzudämmen.

- Die Vertragsparteien einigten sich auf einen Prozess, mit dem eine Einigung über die langfristige Klimafinanzierung nach 2025 angestrebt werden soll. **Hier liegt die spektakulärste Diskrepanz zwischen dem, was Klimaschützer anstrebten, und dem, was auf der Konferenz erreicht wurde.** Vor und während der COP26 wurden von verschiedenen Entwicklungsländern Forderungen veröffentlicht, dass die Industrieländer ihre Klimahilfe auf mindestens 750 Milliarden Dollar pro Jahr oder, im Falle Afrikas, auf mindestens 1,3 Billionen Dollar pro Jahr erhöhen sollten. Stattdessen einigte man sich auf einen „Prozess“, um über das Thema zu sprechen. Was für eine Enttäuschung! **Viele der Entwicklungsländer, in denen die Emissionen am schnellsten wachsen, haben ihre Ausgaben für die**

**Emissionsreduzierung davon abhängig gemacht, dass sie immense Finanzmittel erhalten. Dieses einzige und sehr vorhersehbare Scheitern bedeutet, dass die Erreichung der globalen Emissionsreduktionsziele unmöglich ist.**

- Auf der Konferenz wurde vereinbart, „einen Dialog zwischen den Vertragsparteien, Interessengruppen und einschlägigen Organisationen einzurichten, um die Bemühungen zur Abwendung, Minimierung und Behebung von Verlusten und Schäden im Zusammenhang mit dem Klimawandel zu unterstützen“. Dies ist der rätselhafteste und bizarrste Punkt des Pakts. Der Verweis auf „Verluste und Schäden“ ist ein Code für die Forderungen der Entwicklungsländer, dass die Industrieländer Milliarden (wenn nicht Billionen) Dollar an Entschädigungen und Reparationen für die angeblich negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Entwicklungsländer zahlen sollen. Man kann sich nur vorstellen, wie schwierig es ist, einen „Dialog“ zwischen den Regierungen, die zur Zahlung aufgefordert werden, und denjenigen, die das Privileg haben, die Mittel zu erhalten, zu arrangieren. Wie viel unwahrscheinlicher (absurder?) wäre es, Tausende von „Interessengruppen und relevanten Organisationen“ (sprich: Umweltgruppen plus Greta Thunberg und ihre Freunde) in diese Diskussionen einzubeziehen?

Es gab zwei weitere Kategorien von Maßnahmen im Zusammenhang mit der COP26. Die erste betraf Prozesse, die bereits in gewissem Umfang eingeleitet worden waren, denen die Teilnehmer der COP26 jedoch zusätzliche Impulse zu geben versuchten. Das zweite waren Vereinbarungen, die von Untergruppen von Ländern außerhalb des formellen Verfahrens der COP26 getroffen wurden, aber mit der Klimapolitik zusammenhängen.

Von den bereits laufenden Prozessen, die im Text des Pakts begrüßt werden, war das Santiago-Netzwerk vielleicht der wichtigste für die Öffentlichkeitsarbeit. Im Jahr 2019 haben sich mehrere Länder darauf geeinigt, ein Programm für technische Hilfe einzurichten, das als Santiago-Netz bekannt ist und Ländern bei „Verlusten und Schäden“ helfen soll. Das Programm wurde nur dem Namen nach eingerichtet, ohne Personal und Finanzierung. Die Aufnahme einer Formulierung zur Unterstützung des Santiago-Netzes in den Text des Paktes wird von UN-Beamten als sehr wichtig angesehen. Sie alle sind Fans von Shakespeares „Lärm und Wut, die nichts bedeuten“.

In diesem Zusammenhang wurde auf der Konferenz beschlossen, den „Glasgow-Dialog zwischen den Vertragsparteien“ einzurichten, ein offiziell klingender Begriff, der für alle derartigen Vereinbarungen erforderlich ist. Bei dem vorgeschlagenen Treffen

sollten „relevante Organisationen und Interessengruppen die Modalitäten für die Finanzierung von Aktivitäten zur Abwendung, Minimierung und Behebung von Verlusten und Schäden im Zusammenhang mit den negativen Auswirkungen des Klimawandels“ erörtern. Die Entwicklungsländer wollten eine „Bereitstellung von Mitteln“ (d.h. Bargeld), aber die Industrieländer wehrten sich dagegen, so dass sich die Entwicklungsländer mit einem „Dialog“ begnügen mussten, den sie nutzen werden, um auf der COP 27 im nächsten Jahr in Ägypten auf echte finanzielle Verpflichtungen zu drängen.

Am „Rande“ der COP26 wurde eine Reihe von Vereinbarungen von einer Untergruppe der Mitglieder angekündigt. Die wichtigsten davon waren die folgenden:

*Die Erklärung zur internationalen öffentlichen Unterstützung für den Übergang zu sauberer Energie.* **Diese Erklärung wurde von 28 Organisationen, darunter die Vereinigten Staaten und Kanada, abgegeben. Darin verpflichten sie sich, mehrere Maßnahmen zu ergreifen, darunter die „Beendigung neuer direkter öffentlicher Unterstützung für den internationalen Energiesektor mit unverminderter Nutzung fossiler Brennstoffe bis Ende 2022 (WOW, DAS IST WIE MORGEN), außer unter begrenzten und klar definierten Umständen, die mit der Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius und den Zielen des Pariser Abkommens vereinbar sind“.** Auch sollen andere Regierungen und öffentliche Finanzinstitutionen ermutigt werden, ähnliche Verpflichtungen einzugehen.

*Der Start der Beyond Oil and Gas Alliance.* Elf nationale und subnationale Regierungen kündigten die Beyond Oil and Gas Alliance an, um einen kontrollierten und gerechten Ausstieg aus der Öl- und Gasförderung zu erreichen. Diese Gruppe, zu der auch Québec als Mitglied und Kalifornien als assoziiertes Mitglied gehören, setzt sich aus Ländern zusammen, in denen heute relativ wenig Öl und Gas gefördert wird, eine Tatsache, die das Bündnis für die Bürger zweifellos angenehmer macht.

*Die Globale Methanverpflichtung.* Mehr als hundert Länder haben die von den USA und Europa angeführte Globale Methanverpflichtung unterzeichnet und sich verpflichtet, die Methanemissionen bis zum Jahr 2030 gemeinsam um 30 Prozent zu reduzieren. Methan hat in der Atmosphäre eine Halbwertszeit von nur etwa sechs Jahren – und ist in der OECD seit Jahren rückläufig.

*Die Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Glasgow zu Wäldern und Landnutzung.* Die meisten der auf der COP26 anwesenden Vertragsparteien, darunter die Vereinigten Staaten und Kanada,



haben diese Erklärung unterzeichnet. Darin bekräftigten sie ihre Verpflichtungen zur „nachhaltigen Landnutzung und zur Erhaltung, zum Schutz, zur nachhaltigen Bewirtschaftung und zur Wiederherstellung von Wäldern und anderen terrestrischen Ökosystemen“. Außerdem verpflichteten sie sich, den Verlust und die Schädigung der Wälder rückgängig zu machen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass robuste politische Maßnahmen und Systeme vorhanden sind, um den Übergang zu einer Wirtschaft zu beschleunigen, die die Ziele der nachhaltigen Landnutzung, der biologischen Vielfalt und des Klimaschutzes fördert. Vielleicht erinnern Sie sich noch daran, wie wir in unserer Jugend in der Schule die Vereinten Nationen nachgespielt haben, um die Weltpolitik zu studieren. Der einzige Unterschied zur COP 26 besteht darin, dass die Schüler wussten, dass es sich um eine Simulation handelte.

Die Konferenzen der Vertragsparteien zum Klimawandel ähneln auffallend den Inszenierungen des Theaters der Absurditäten. Sie haben immer weniger mit der Realität der Energiemärkte und den Wünschen der Verbraucher in der Welt zu tun. Sie legen immer wieder Ziele fest, die unerreichbar sind, und stützen sich dabei auf Technologien, die größtenteils noch gar nicht existieren. Von 1992 bis 2021 haben sie anscheinend immer an derselben Stelle begonnen und geendet, nur um im nächsten Jahr mit der gleichen Agenda in den Urlaub zu fahren.

Was auf den Konferenzen der Vertragsparteien geschieht, wird leider dazu benutzt, die ganz realen Schäden zu rechtfertigen, die durch eine unkluge Politik angerichtet werden, die den Energieverbrauchern schadet und die Steuerzahler in den OECD-Ländern Billionen von Dollar kostet. Wie die COP26 gezeigt hat, ist das Theater der COP mehr Tragödie als Absurdität geworden.

**Autoren:** CFACT Senior Science Analyst [Dr. Jay Lehr](#) has authored more than 1,000 magazine and journal articles and 36 books. Jay's new book *A Hitchhikers Journey Through Climate Change* written with Teri Ciccone is now available on Kindle and Amazon.

[Robert Lyman](#) is an economist with 37 years of service to the Canadian government.

Link:

<https://www.cfact.org/2022/01/03/cop-26-shakespeare-said-it-sound-and-fury-signifying-nothing-part-2/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

---

# Energiewende: Habecks Trippelschritte

geschrieben von Chris Frey | 10. Januar 2022

**Fred F. Mueller**

*Die Grünen sind in einer wenig beneidenswerten Lage: Solange sie überwiegend in der Opposition waren, fiel es Ihnen leicht, maßlose Forderungen zu stellen. Beim Ausbau der konventionellen Energie, der Netze sowie bei der Suche nach einem Endlager wurde nach Lust und Laune Obstruktion betrieben. Gleichzeitig feierten sie ihre Sabotage- und Besetzertrupps als Helden des Kampfes um die Erlösung vom Klimawandel-Übel. Doch jetzt sind sie selbst in der Verantwortung für die Energieversorgung einer modernen Industrienation mit 83 Mio. Einwohnern. Und plötzlich werden aus dem angekündigten „Großen Sprung nach vorn“ zaghafte Trippelschrittchen.*

Offenbar musste Robert Habeck, neuer Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, schon nach den ersten Wochen im Amt feststellen, dass er erhebliche Mengen Kreide zu fressen und Kröten zu schlucken haben wird. Vermutlich haben ihm einige Beamte in der zweiten Reihe seines Ministeriums – die erste Reihe wurde ja mit seinen Günstlingen besetzt – mit schonenden Worten einige unbequeme Wahrheiten erläutert. Schließlich ist er angetreten, um die Zahl der Windenergieanlagen, mit denen Deutschlands schöne Natur bereits bisher vollgestellt wurde, von aktuell 31.000 in den nächsten Jahren massiv zu steigern. Das kostet den Stromkunden allerdings viel Geld. Nur wie viel genau? Zwar hat man sich schon seitens der Regierung Merkel seit Jahren viel Mühe gegeben, die tatsächlichen Zahlen zu verstecken. Doch eine genauere Untersuchung der mit großer Raffinesse auf zahlreiche Einzelbeiträge gesplitteten und mit anderen Positionen vermischten Kosten ergab schon im September 2019, dass die [Kosten der „Energiewende“](#)<sup>1)</sup> mittlerweile die Größenordnung von 1.000 Milliarden € (1 Billion) erreicht hatten. Inzwischen ist die entsprechende Summe weiter angestiegen. Herr Habeck ist demnach auf der Suche nach weiteren Billionen für die bis 2030 angestrebte Verdoppelung des Anteils „erneuerbarer“ Energien am Strommix. Ganz abgesehen von den anderen Zumutungen für die Bürger, als da sind: Milliarden für stetig zunehmende CO<sub>2</sub>-Abgaben, Milliarden für die

Subventionierung von E-Autos, Milliarden für deren Ladeinfrastruktur, Billionen für die energetische Zwangssanierung der knapp 20 Millionen deutschen Wohngebäude, Milliarden für den elektrifizierten Nahverkehr, Milliarden für die Errichtung zahlreicher neuer Stromnetze und Gaskraftwerke, und und und. Nicht zu vergessen die explodierenden Baukosten, Verteuerung von Lebensmitteln („keine Ramschpreise, © Cem Özdemir), Strom- und Heizkosten, Fliegen oder Benzin („5 Mark für den Liter Benzin“, © Joschka Fischer).

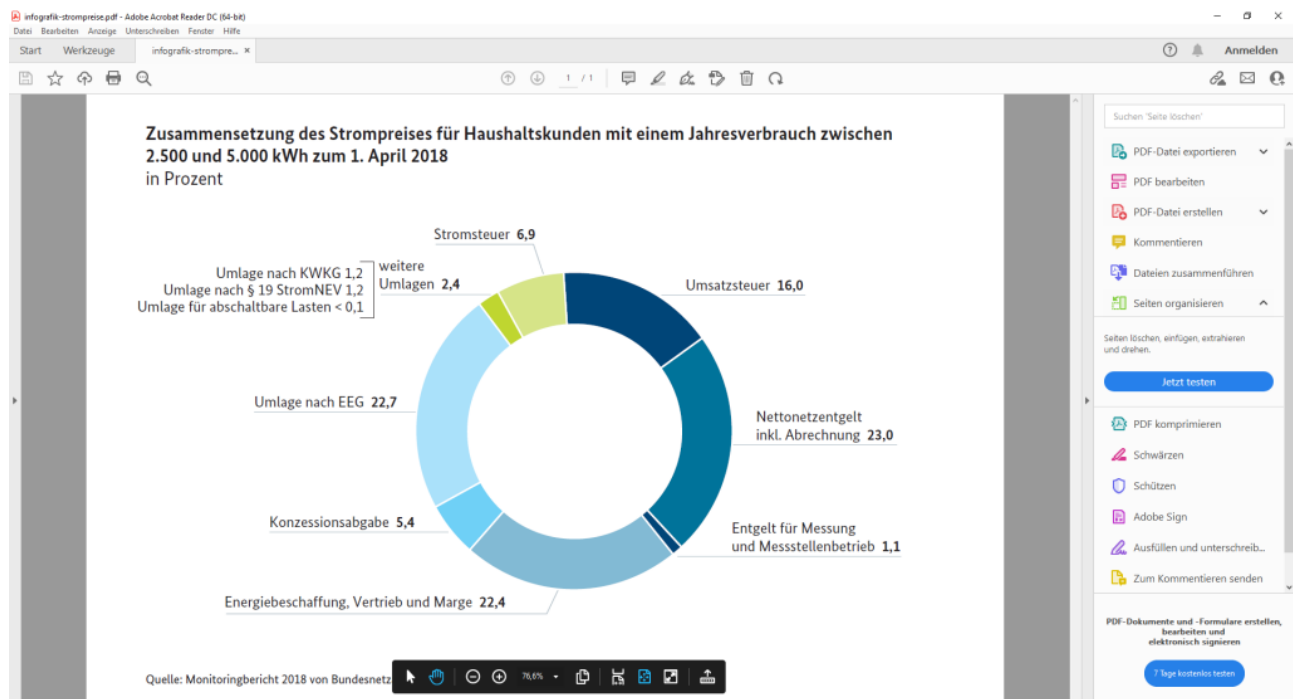


Bild 2. Zusammensetzung des Strompreises für Haushaltskunden mit einem Jahresverbrauch zwischen 2.500 und 5.000 kWh per 1.4. 2018 (Grafik: Monitoringbericht von Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt)

### Wenn nur der verflixte Verschleiß nicht wäre...

Wie unangenehm für ihn die Lage bereits jetzt schon zu sein scheint, lässt sich daraus ablesen, dass er in einem Interview vom 29.12. als Ausbauziel für die Windkraft lediglich „[1.000 bis 1.500 Windräder im Jahr](#)“ <sup>2)</sup> angab. Das verwundert etwas, denn bei einem aktuellen Bestand von 31.000 WEA gelangen ja jedes Jahr einige ans Ende ihrer Lebensdauer und müssen ersetzt werden. Da ihre Auslegungslebensdauer 20 Jahren beträgt, müssen jährlich 1.550 davon ersetzt werden. Die Notwendigkeit einer solchen kontinuierlichen Erneuerung eines Maschinenbestandes ist Allgemeinwissen jedes Wirtschaftswissenschaftlers, sogar jedes Handwerksmeisters oder Fuhrparkmanagers. Bei Absolventen des Fachs

„Philosophie“ wie Habeck fehlt das im Lehrplan. Die von ihm genannte Zahl von 1.000 bis 1.500 WEA würde nicht einmal ausreichen, um den aktuellen Bestand zu halten. Für die anvisierte Bestandsverdoppelung bis 2030 müssten jedes Jahr zusätzlich zum fälligen Ersatz von 1.550 Windenergieanlagen noch weitere 3875 – insgesamt also 5.425 WEA – errichtet werden.

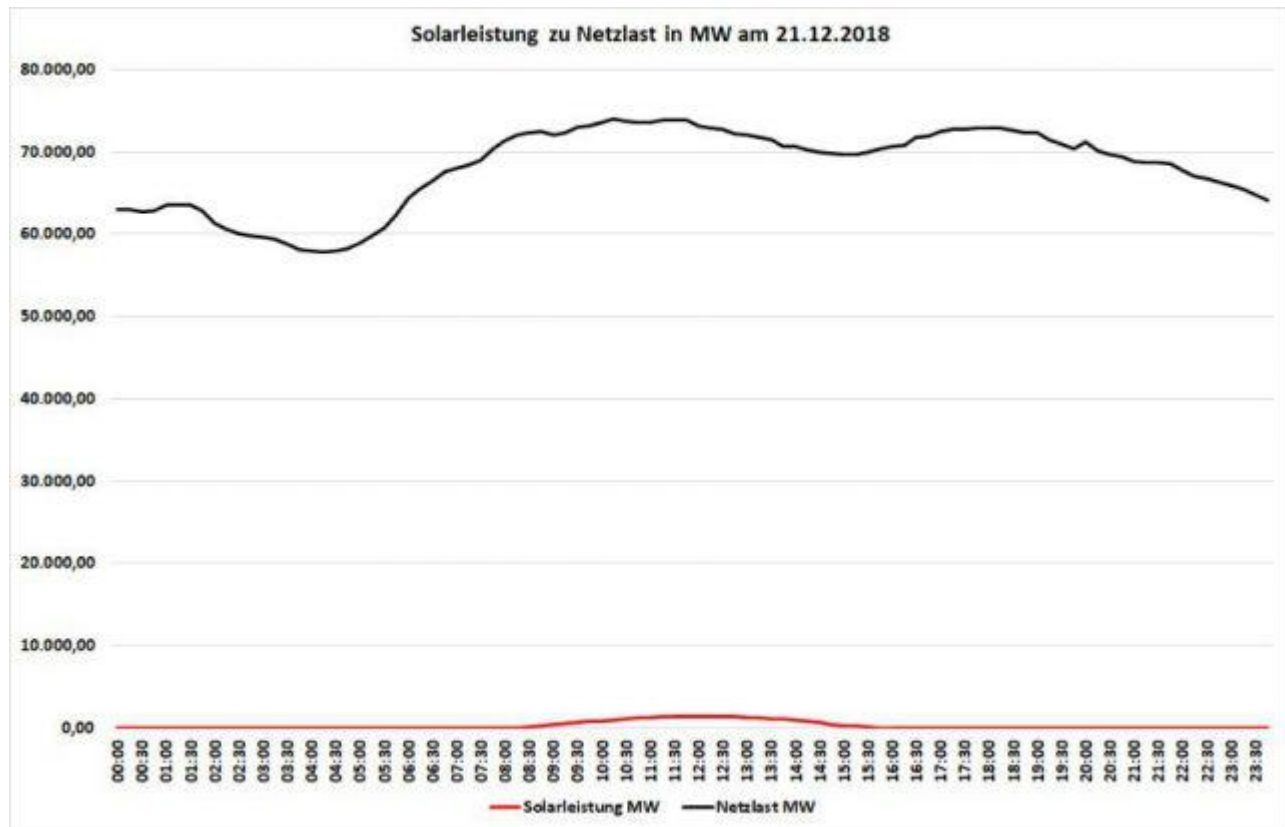


Bild 3. Der Beitrag der solaren Stromerzeugung zur Netzlast von 73.205 MW lag am 21.12.1018 selbst in der Spitze zur Mittagszeit bei geradezu kläglichem 1.414 MW (Grafik und Berechnungen: Autor, [Daten](#))

### Mit einer Verdoppelung wäre es noch lange nicht getan

In Wirklichkeit ist die „Untertreibung“ des Ministers bezüglich der eigentlich erforderlichen Zahl an WEA noch viel größer. Selbst eine Verdoppelung des jetzigen Anteils an „erneuerbarer Energie“ an der Stromerzeugung würde nicht einmal annähernd ausreichen. Das „Netto-Null“-Ziel der Ampelkoalition umfasst ja noch viel mehr als nur die Stromerzeugung, sondern auch den Ersatz der gesamten fossilen und nuklearen Brenn-, Heiz- und Treibstoffe, die Deutschlands Bürger warm und mobil und ihre Industrie am Laufen halten. Dabei ist auch der zusätzliche Speicherbedarf für Flaute- und Dunkelzeiten zu berücksichtigen. Eine 2019 erstellte Analyse des Verfassers ergab, dass zur Erreichung des früher für 2038 geplanten und jetzt auf 2030 vorgezogenen Zwischenziels [allein auf dem Festland rund 139.000 WEA](#) <sup>3)</sup> bei Gesamtkosten von vermutlich

min. 10 Billionen € errichtet werden müssten. Dieses Ziel ist ja jetzt auf 2030 vorgezogen worden. Vollends atemberaubend werden die Zahlen, wenn man diese Planungen konsequent bis „netto-Null“ durchkalkuliert. Nach [Berechnungen des Ingenieurs Prof. Walter Pelka](#) <sup>4)</sup>, früherer Präsident der Hamburger HafenCity Universität, wären dafür sogar 350.000 WEA erforderlich, das wäre [eine Anlage für jeden Quadratkilometer Deutschlands](#) <sup>5)</sup> einschließlich der Innenstädte.

**Sonnenstrom ist die einzige noch erheblich ausbaubare „erneuerbare“ heimische Energie, deren Verfügbarkeit mit hoher Präzision vorausberechnet werden kann. Dies gilt allerdings lediglich bezüglich ihrer Nichtverfügbarkeit: Nachts liefern die ca. 2 Mio. in Deutschland installierten Fotovoltaikanlagen trotz ihrer enormen Kapazität von 59 GW (2021) mit höchster Zuverlässigkeit**

**Null Strom.**

**Die Ampelkoalition will sie bis 2030 auf 200 GW ausbauen**

Bild 4. Bis 2030 soll laut Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien allein schon die im Winter so gut wie nutzlose Fotovoltaik auf 200 GW ausgebaut werden (Bild: Autor)

**Hat die Ampelkoalition schon jetzt Angst vor ihrer eigenen Courage?**

Die Diskrepanz zwischen den im Koalitionsvertrag großspurig angekündigten „Klimaschutz“-Projekten und der verschämten Ankündigung von – im Vergleich zum Anspruch – geradezu lächerlichen Ausbauzahlen wirft ein Schlaglicht auf die bereits jetzt schwierige Lage der neuen Bundesregierung. Sie hat im Wahlkampf viel mehr abgebissen, als sie wird kauen können. Während unsere grüne Außenministerin Russland durch Schließung von Nordstream 2 ärgern möchte, treiben Russland und China bereits Planungen für eine weitere Erdgaspipeline mit einer Kapazität von 50 Mrd. Kubikmeter voran.

Dank einer jahrelang betriebenen grün-rot-gelb-schwarzen Politik des Boykotts gegen alle Industrien, die fossile Rohstoffe fördern, wird deren Nachschub auf Jahre hinaus knapp bleiben, was zu den jetzt spürbar werdenden Preisexplosionen im Energie- und Rohstoffsektor führt. In der Bevölkerung der betroffenen Länder regt sich deshalb Unmut, wie sich aktuell in Kasachstan zeigt. Haben Scholz und Habeck bereits jetzt Angst vor dem, was im Volk losbrechen könnte, wenn sie ihm reinen Wein über die tatsächlich geplanten Belastungen einschenken würden? Oder weshalb spricht man lieber von 1.000 bis 1.500 statt von 350.000 WEA, wohl wissend, dass dies den tatsächlichen Planungen in keinsten Weise entspricht. Salomitaktik durch Trippelschrittchen halt. Auf die Bevölkerung und damit auch auf die Ampelregierung kommen, wie es in einem chinesischen Sprichwort heißt, „interessante Zeiten“ zu. Vielleicht muss ja eine künftige Ampelregierung Putin nach dem Beispiel Kasachstans um „Amtshilfe“ gegen das aufmüpfig gewordene Volk bitten. Bitte gut festschnallen, es wird holprig werden...

## Hintergrundliteratur

Limburg, M.; Mueller, F.: [Strom ist nicht gleich Strom](#) TvR  
Medienverlag, Jena, ISBN 978-3-940431-54-7

## Quellen

Bild 1:

<http://gegenwind-borchen.de/windrad-havarie-neue-200m-windkraftanlage-in-borchen-voellig-zerfetzt>

1)

<https://eike-klima-energie.eu/2019/09/03/merkel-das-ipcc-und-die-g-eister-die-sie-rief-teil-2-horrende-kosten/>

2)

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.robert-habeck-deutschland-wird-klimaziele-2022-und-2023-wohl-verfehlen.c6cbd4a9-25f9-45e8-8e48-cacd02bba4b5.html>

3)

<https://eike-klima-energie.eu/2019/10/11/merkel-das-ipcc-und-die-g-eister-die-sie-rief-teil-6-beim-schummeln-erwischt/>

4)

<https://www.welt.de/regionales/hamburg/plus233541344/Energiewende-Wir-werden-einen-hohen-Preis-bezahlen.html>

5)



<https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2021/windraeder-energiewende-pelka-folgen/>

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Infografiken/Energie/strompreise.html>

---

# Die fundamentale Schrott-Wissenschaft des Klimas

geschrieben von Chris Frey | 10. Januar 2022

## Norman Rogers

Die Prophezeiung des Klimawandels stützt sich auf Computer-Klimamodelle, doch diese Modelle haben gigantische Probleme.

Kevin Trenberth, der einst für die Modellierung am National Center for Atmospheric Research zuständig war, hat erklärt: „Keines der Modelle entspricht auch nur annähernd dem derzeit beobachteten Klima [der Erde].“

Trotz der Tatsache, dass die Modelle das Klima der Erde nicht richtig abbilden können, sollen wir glauben, dass, wenn Kohlendioxid in den Modellen der Erde eine bestimmte Wirkung hat, es dieselbe Wirkung auf der realen Erde haben wird.

## Geld und Voreingenommenheit (Confirmation Bias)

Klimamodelle sind eine beispielhafte Darstellung von Voreingenommenheit, der psychologischen Tendenz, die eigenen kritischen Möglichkeiten zugunsten dessen, was man erwartet oder sich wünscht, außer Acht zu lassen. Klimawissenschaftler können zahlreiche einstellbare Parameter in den Modellen manipulieren, um ein „gutes“ Ergebnis zu erzielen.

Technisch gesehen wäre es ein gutes Ergebnis, wenn die Ergebnisse des Klimamodells mit der Klimageschichte übereinstimmen würden. Aber dieses gute Ergebnis konkurriert mit einer anderen Art von gutem Ergebnis. Dieses andere gute Ergebnis ist die Vorhersage einer Klimakatastrophe. Diese Art von „gutem“ Ergebnis hat den sozialen und finanziellen Status der Klimawissenschaft in die Stratosphäre gehoben.

Sobald Geld und Ansehen in die Klimawissenschaft zu fließen begannen, weil ihre Vertreter die Katastrophe vorhersagten, gab es kein Zurück mehr. Stellen Sie sich vor, ein Klimawissenschaftler entdeckt gigantische Fehler in den Modellen und den damit verbundenen Prognosen.

Das würde die Tür öffnen und den massiven Fluss von Forschungsgeldern beenden.

**Wer würde den Klimawissenschaftlern weiterhin Milliarden von Dollar pro Jahr zukommen lassen, wenn es keine Katastrophen zu verhindern gäbe?** Es ist erwiesen, dass die Entdecker von Fehlern verteuftelt und als Handlanger böser Interessen angegriffen werden: David Legates, Richard Lindzen, Roy Spencer und Willie Soon, um nur einige zu nennen.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

## **Modelle anpassen**

Das Testen von Modellen anhand der Vergangenheit und die Annahme, dass sie dann die Zukunft vorhersagen können, lädt zum Scheitern ein.

Das Scheitern ist fast garantiert, wenn die Modellierer immer mehr einstellbare Parameter hinzufügen, um das Modell zu verbessern. An einem bestimmten Punkt sollte man sich fragen, ob wir ein Modell an die Realität anpassen oder eine einfache Kurvenanpassung vornehmen. Modelle, die zu einer Kurvenanpassung verkommen sind, haben keine ernsthafte Vorhersagekraft.

Ein deutliches Anzeichen dafür, dass die Klimamodelle bereits weit in die Kurvenanpassung vorgedrungen sind, ist die Verwendung von Modellmittelwerten oder Ensembles.

Das IPCC bildet den Durchschnitt aus zahlreichen Modellen (ein Ensemble), um eine Prognose für die Zukunft zu erstellen. Auf die Frage, warum sie dies tun, anstatt mit den Modellen zu arbeiten, die die Realität am besten widerspiegeln, behaupten sie, dass die Ensemble-Methode besser funktioniert.

Dies widerspricht dem gesunden Menschenverstand.

In Wahrheit widersprechen sich die verschiedenen Modelle in Bezug auf das Erdklima dramatisch, einschließlich der Frage, wie groß die angebliche globale Erwärmungs-Katastrophe denn sein wird. Mit der einzigen Ausnahme eines Modells aus Russland bestreitet kein vom IPCC verwendetes Modell, dass sich eine katastrophale Zukunft abzeichnet.

Für die Verwendung von Ensembles gibt es einen politischen Grund. Um die Vorteile zu erhalten, die sich aus der Vorhersage einer Klimakatastrophe ergeben, muss die Klimawissenschaft eine einheitliche Front bilden. Andersdenkende müssen ausgemerzt und unterdrückt werden.

Würde der IPCC das beste Modell oder die besten Modelle auswählen, würden Dutzende von anderen Modellierungsgruppen außen vor bleiben. Sie würden zweifellos eine abweichende Gruppe bilden, die die Autorität derjenigen in Frage stellt, die einem bestimmten Modell die Krone aufgesetzt haben. Bei der Verwendung von Ensembles wird jede Gruppe



belohnt und jeder wird ermutigt, die Verschwörung gegen die Menschheit am Laufen zu halten.

### **Die Vergangenheit ist das Problem**

Die Anpassung der Modelle an die Klimageschichte ist schwierig, weil die Klimageschichte nur schlecht dokumentiert oder unbekannt ist.

Es gibt wissenschaftliche Gruppen, die sich darauf spezialisiert haben, den riesigen Fundus der vergangenen Klimageschichte zu untersuchen und zusammenzufassen. Ihre Zusammenfassungen „verbessern“ die Originaldaten in einer Weise, die immer die globale Erwärmungskatastrophe zu unterstützen scheint. Die Website [realclimatescience.com](http://realclimatescience.com) ist darauf spezialisiert, diese Manipulationen der Klimageschichte aufzudecken.

Da so viel von der Klimageschichte unbekannt ist, erfinden die Modellierer die fehlende Geschichte. Jedem Modellierungsteam steht es frei, die Geschichte zu erfinden, die in seine Darstellung passt. Es wäre sehr verwunderlich, wenn die Modellierer ihr erfundenes Klima nicht manipulieren würden, damit sich ihre Modelle besser verhalten.

Wissenschaftler werden immer gewarnt, sich nicht in eine Theorie oder Methode zu verlieben. Wenn sie das tun, verlieren sie ihre Objektivität. Fakten, die ihre vorgefassten Meinungen unterstützen, werden gefeiert, Fakten, die ihre Liebe in Frage stellen, werden ignoriert oder vergessen. Aber wenn man Jahre oder Jahrzehnte mit einer Modellierungsmethode verheiratet ist, wird eine Scheidung immer unwahrscheinlicher.

### **Die NAS kommt ins Spiel**

Die Nationale Akademie der Wissenschaften (National Academy of Sciences NAS) in Washington, DC, bezeichnet sich selbst als wissenschaftlicher Berater der Regierung.

Ihr Rat hat einige Gemeinsamkeiten.

Sie kritisieren nie das wissenschaftliche Establishment. Außerdem werben sie immer dafür, mehr Geld für die Wissenschaft auszugeben. Wie die Lehrergewerkschaften geben sie vor, das Gemeinwohl zu unterstützen, fördern aber in Wirklichkeit die besonderen Interessen ihrer Wählerschaft.

Die NAS sponserte einen Bericht über die Zukunft der Klimamodellierung.

Sie sah offenbar nichts Falsches daran, den Studienausschuss mit professionellen Klimamodellierern zu besetzen. Der Bericht sprach sich für mehr Geld für Klimamodellierer aus und drängte darauf, professionelle PR-Leute einzustellen, um die Ergebnisse der Öffentlichkeit zu präsentieren.

## „100 Prozent Schrott-Wissenschaft“

Die angebliche Klimakatastrophe, die uns bevorsteht, ist zu 100 Prozent wissenschaftlicher Schrott.

Der jüngste Klimawandel ist weder historisch beispiellos noch außergewöhnlich, und auch die gemessenen Klimatrends zeigen keine langfristige Verschlechterung.

Sollte der unwahrscheinliche Fall eintreten, dass eine Klimakatastrophe eintritt, wird es Zufall sein, dass sie von Klimawissenschaftlern vorhergesagt wurde.

*Norman Rogers is the author of the book Dumb Energy, about wind and solar energy. He is on the board of the CO2 Coalition.*

*This commentary is a modified version of a commentary first published by the [American Thinker](#).*

Link:

<https://heartlanddailynews.com/2022/01/the-profound-junk-science-of-climate/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

---

# Kurzsichtige Politiker sind vorsätzlich blind und taub gegenüber „grüner“ Energie

geschrieben von Chris Frey | 10. Januar 2022

Paul Homewood, [NOT A LOT OF PEOPLE KNOW THAT](#)

*[Vorbemerkung des Übersetzers: Autor dieses Beitrags ist nicht Paul Homewood, sondern **Ross Clark**. Der Beitrag erschien im „Telegraph“ und wurde von Homewood nur auf seinem Blog übernommen. Der Link zum „Telegraph“-Artikel ist unten genannt. – Ende Vorbemerkung]*

Im Juni 2011, 18 Monate bevor er sich in den Dienst Ihrer Majestät stellte, hielt der ehemalige Minister für Energie und Klimawandel, Chris Huhne, eine bemerkenswerte Rede, in der er behauptete, dass die grüne Politik der Regierung die Haushalte nicht nur nichts kosten, sondern sogar Geld sparen würde. „Grünes Wachstum“, sagte er, kann die

Wirtschaft schützen, indem es „unsere Anfälligkeit für Preisschocks verringert“. Darüber hinaus würden sich die Kosten einer kohlenstoffarmen Politik bis 2020 auf „nur ein Prozent der durchschnittlichen Energierechnung eines Haushalts“ belaufen – und selbst das setze voraus, dass wir Öl immer zum „billigen Preis des letzten Jahres von 80 Dollar pro Barrel“ kaufen könnten. Wenn die Ölpreise wie erwartet hoch bleiben und die Gaspreise entsprechend steigen, „dann werden unsere Verbraucher die Gewinner unserer Energiepolitik sein“.

Man muss Huhne zugutehalten, dass er nicht der einzige Minister war, der sich dies einbildete. Viele in der Regierung, in der Opposition und in der großen grünen Partei waren der Meinung, dass es uns besser gehen würde, wenn wir von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien umsteigen würden. Wie lächerlich diese Behauptung heute daher kommt.

Wir haben die von Huhne propagierte grüne Energierevolution hinter uns. Letztes Jahr behauptete die Regierung, dass zum ersten Mal mehr Strom aus erneuerbaren Energien als aus fossilen Brennstoffen erzeugt wurde (allerdings nur, wenn man die schmutzige Praxis der Verbrennung von Holzspänen zur Stromerzeugung als „erneuerbar“ betrachtet – eine Industrie, die Huhne selbst nach seiner Inhaftierung förderte). Kohlekraftwerke, die 2011 noch 31 Prozent unseres Stroms erzeugten, sind jetzt auf 2,1 Prozent gesunken und werden bis 2024 endgültig verschwunden sein.

Doch wo bleibt die grüne Dividende? Inflationsbereinigt sind die durchschnittlichen Stromrechnungen von Haushalten zwischen 2011 und 2020 um 19 Prozent gestiegen – von 451 Pfund auf 571 Pfund pro Jahr zu Preisen von 2010. Aber das ist nur der Anfang. Die Verbraucher sind bei weitem nicht vor Preisschocks auf den globalen Energiemärkten geschützt, sondern müssen damit rechnen, dass sich ihre Rechnungen im April verdoppeln, wenn die Preisobergrenze der Regierung nach oben korrigiert wird.

Was die Behauptung angeht, dass grüne Politiken unsere Energierechnungen nur um ein Prozent erhöhen würden, so berechnet Ofgem\*, dass 25 Prozent unserer Stromrechnungen heute aus Sozial- und Umweltabgaben bestehen – d.h. aus Subventionen für grüne Energie sowie aus Programmen zur Wärmedämmung für Haushalte mit niedrigem Einkommen. Weitere 2,5 Prozent zahlen wir auf unsere Gasrechnungen.

[\*Ofgem = **Office of Gas and Electricity Markets** (englisch) Britische Deregulierungsbehörde für den Energiemarkt. A. d. Übers.]

Es stimmt, dass die derzeitige Energiekrise ein globales Phänomen ist, das durch die steigende Nachfrage aufgrund der sich erholenden Weltwirtschaft ausgelöst wurde. In Großbritannien wurde sie jedoch durch eine Energiepolitik verschlimmert, die seit anderthalb Jahrzehnten hartnäckig das Ziel verfolgt, die Kohlenstoffemissionen ohne Rücksicht

auf die Kosten zu senken. Jahrelang haben sowohl die Konservativen als auch die Labour-Partei und die Lib Dems versucht, die steigenden Energiepreise auf gierige, profitorientierte Energieunternehmen zu schieben. Das hat nie gestimmt – die deregulierten Gas- und Strommärkte haben schon immer mit geringen Gewinnspannen gearbeitet – aber angesichts der Tatsache, dass in den letzten Monaten Dutzende von Energieversorgern in Konkurs gegangen sind, ist dieses Argument nicht mehr haltbar. Man kann auch nicht die Märkte für fossile Brennstoffe für die steigenden Rechnungen verantwortlich machen – ein Barrel Rohöl kostet heute weniger als zu dem Zeitpunkt, als Huhne seine Rede hielt, selbst wenn man die Inflation berücksichtigt.

Wir zahlen mehr als nötig für unsere Energie, weil die Regierung fossile Brennstoffe mit Kohlenstoffabgaben belastet, die Stromerzeugung auf viel teurere erneuerbare Energien umgestellt und Großbritannien um das gebracht hat, was inzwischen eine sehr produktive einheimische Schiefergasindustrie hätte werden können. Die Regierung ist vor den Umweltschützern eingeknickt, die entschlossen waren, die aufkeimende Industrie zu unterdrücken, indem sie Ängste vor „Erdbeben“ schürten – oder vielmehr vor kleineren Erschütterungen, von denen die meisten nicht einmal von Menschen an der Erdoberfläche wahrgenommen werden können.

Auch die herkömmliche Öl- und Gasförderung wird dadurch behindert, dass börsennotierte Unternehmen mit strengen Dekarbonisierungszielen belegt werden. Shell, das das Cambo-Feld vor den Shetland-Inseln hätte erschließen sollen, wurde dazu gedrängt, andere Wege einzuschlagen, z. B. mein Breitbandnetz bereitzustellen. Das Ergebnis ist, dass wir immer abhängiger von Gasimporten werden – durch die Verschiffung von gekühltem Schiefergas aus Katar, das wir selbst hätten fördern können. Das Problem ist, dass das energiehungrige China uns in den letzten Monaten überboten und die Preise in die Höhe getrieben hat.

Minister weisen gerne darauf hin, dass die **Stückkosten** für die Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie in den letzten zehn Jahren gesunken sind, aber dabei wird das Problem der Unterbrechung der Stromerzeugung außer Acht gelassen. Die Verbraucher müssen tief in die Tasche greifen, um stillgelegte Gas- und Kohlekraftwerke hochzufahren, damit sie auch dann Strom liefern, wenn, wie in den letzten Wochen, die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Im November mussten die Energieversorger einmal 2.000 Pfund pro MWh für Strom auf den Tisch legen – etwa das 40-fache des üblichen Großhandelspreises.

Umgekehrt müssen wir, wenn der Wind weht, für die Entschädigung von Windparkbesitzern aufkommen, die ihre Turbinen abschalten müssen. Letztes Jahr haben wir insgesamt 282 Millionen Pfund an so genannten „Beschränkungs Zahlungen“ gezahlt, als das nationale Netz nicht in der Lage war, den gesamten von ihnen produzierten Strom aufzunehmen.

Wir sind in dieser Lage, weil wir immer mehr Wind- und Solarparks gebaut haben, ohne uns mit der Frage der Energiespeicherung richtig

auseinanderzusetzen. Die Regierung hat 2014 sogenannte „Kapazitätsauktionen“ ins Leben gerufen, um zu versuchen, einen Markt für Energiespeicherung zu schaffen, indem sie Subventionen für jeden anbietet, der kurzfristig große Mengen an Energie liefern kann. Doch die glücklichen Gewinner waren in der Regel die Besitzer von Gas- und Kohlekraftwerken, während nur eine Handvoll Batteriespeicher installiert wurde.

Und warum? Weil die Speicherung von Energie furchtbar teuer ist. Das Pacific Northwest National Laboratory in den USA beziffert die „nivellierten“ Kosten der Energiespeicherung in großen Lithiumbatterieanlagen (d. h. unter Berücksichtigung der Kapitalinvestitionen und der Betriebskosten während der Lebensdauer einer Anlage) auf 336 \$ (260 £) pro MWh. Das ist fünfmal so viel wie der übliche Großhandelspreis für Strom – und wir müssen diese Kosten zusätzlich zu den Kosten für die Stromerzeugung zahlen. Es gibt Zeiten im Winter, in denen unsere Windturbinen und Sonnenkollektoren tagelang so gut wie keinen Strom erzeugen, aber wir haben nur genug Speicherkapazität, um den nationalen Strombedarf für 38 Minuten zu decken.

Wenn den Verbrauchern im April ein [Energieschock](#) bevorsteht, wenn die Preisobergrenzen angehoben werden, so ist das nichts im Vergleich zu dem, was später auf sie zukommt. Im Jahr 2026 wird die Installation neuer Ölkessel verboten, 2035 folgen neue Gaskessel. Von da an werden die meisten Wohnungen nur noch mit elektrischen Wärmepumpen beheizt werden können, die jeweils 10.000 Pfund kosten, im Betrieb teurer sind als Gas und viele ältere, schlecht isolierte Wohnungen nicht mehr warm halten können.

Auch Autofahrern wird es ab 2030 verboten sein, neue Benzin- und Dieselfahrzeuge zu kaufen – sie werden gezwungen sein, Elektrofahrzeuge zu kaufen, die derzeit noch etwa halb so viel kosten. Vergessen Sie die Behauptung, dass sie bis 2024 mit Benzin- und Dieselfahrzeugen gleichziehen werden – das ist nur ein weiteres Stück Optimismus à la Hühner. Steigende Preise für seltene Metalle, die für die Batterien benötigt werden, haben bereits dazu geführt, dass ein chinesischer Hersteller die Preise für Elektrofahrzeuge diesen Monat um 20 Prozent erhöht hat.

Da die Lebenshaltungskosten an allen Fronten steigen, könnte es keinen schlechteren Zeitpunkt für Steuererhöhungen geben. Im April, wenn die höheren Energierechnungen in unseren Briefkästen landen, werden die Sozialversicherungsbeiträge um 1,5 Prozent steigen. Die Labour-Partei hat sich wenigstens dagegen gewehrt, aber wo ist sonst die Opposition? Alles, was Keir Starmer, Ed Davey und Nicola Sturgeon anbieten, ist eine noch teurere Energiepolitik. Sturgeon, die immer verzweifelt versucht, [„fortschrittlicher“](#) als Westminster zu wirken, hat sich verpflichtet, die Emissionen bis 2030 um 75 Prozent gegenüber 1990 zu senken – ein Ziel, das nur durch einen massiven Austausch der bestehenden

Heizungsanlagen in den Haushalten erreicht werden könnte.

Es ist schon seltsam, dass Politiker, die uns an einem Tag über Armut und insbesondere über Energiearmut belehren, am nächsten Tag vorschlagen, die Rechnungen der Haushalte in die Höhe zu treiben, um die Kohlenstoffreduktionsziele zu erreichen. Die einzige Möglichkeit, die Quadratur des Kreises zu schaffen, besteht darin, wie Chris Huhne, so zu tun, als ob das Erreichen der Kohlenstofffreiheit uns tatsächlich Geld sparen würde. Oder indem sie versuchen, die Kostenfrage mit der Behauptung abzutun, dass der Klimawandel so ernst ist, dass er uns alle umbringen wird, wenn wir nicht bis 2050 alle Kohlenstoffemissionen eliminieren.

Tut mir leid – nein. Wie die meisten Menschen selbst feststellen werden, wenn sie in diesem Frühjahr ihre überhöhten Energierechnungen erhalten, besteht die größte Gefahr für sie nicht darin, in einer etwas wärmeren Welt gebraten zu werden oder zu ertrinken, sondern darin, an Unterkühlung zu sterben, weil sie es sich nicht leisten können, ihre Häuser zu heizen.

*Der Link zum Telegraph-Artikel:*

<https://www.telegraph.co.uk/news/2022/01/01/myopic-politicians-wilfully-blind-truth-green-energy/>

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2022/01/03/myopic-politicians-are-wilfully-blind-to-the-truth-about-green-energy/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE